

D-Presseliste
XIII/4

22. Februar 1958

Der kaiserliche Erhard

FB. 1958. Es sollte man sich endlich daran erinnern, dass noch vor kurzer Zeit der Kaiserliche Kraftprezel der Bundeswirtschaftsminister drohend erklärt hat, er würde mit "brutalen Mitteln" gegen Preissteigerungen vorgehen. Er sagte, es werde ihm nichts ausmachen, jeden Tag vor die Rundfunk-Mikrophone zu treten, um Preissteigerungen anzuprangern. Man muss sich erinnern, weil vor allem dieser Bundeswirtschaftsminister den Wahlkampf mit der Parole geführt hat, dass die CDU "stabile Preise" verbringe.

Das ist noch nicht allzu lange her. Heute aber hüllt Erhard sich meistens in Schweigen und wenn er redet, dann jammert und greint er, ohne sagen zu können, wie der Preisaufrist gestoppt werden kann. Sein Predigen, so meinte er am Aschermittwoch vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft in Düsseldorf, sei doch nicht umsonst gewesen.

Diese Behauptung ist nicht mehr und nicht weniger als ein holder Selbstbetrug, denn seit dem 15. September 1957 befinden sich die Preise in einem ständigen Vormarsch. Erhards Predigten waren ein leeres Wortgeklingel, dem niemals Taten gefolgt sind. Es ist auch nicht möglich, dass sich der Bundeswirtschaftsminister auf die Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruft, denn die gravierendsten Preissteigerungen sind in den Bereichen zu verzeichnen, in denen es einzig und allein von der Zustimmung der Bundesregierung abhängt, ob die Preise steigen oder gehalten werden. Das war sein Zucker der Fall, das gilt für die Brotpreiserhöhung, für die gesamte Tarifierhöhung der Bundesbahn und der nächste Testfall werden die Posttarife sein.

Der Verwaltungsrat der Bundespost hat vor wenigen Tagen eine Erhöhung der Tarife für Pakete und Postgut um 19 bzw. 24 % beschlossen, gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Mitglieder im Verwaltungsrat, denen es wenigstens gelang, zur Zeit die Erhöhung der Omnibus-tarife zu verhindern. Mit der Steigerung der Paket-tarife aber hat es durchaus nicht sein können. Schon in Kürze wird man über die Erhöhung der Briefgebühren, vor allem für den Ortsverkehr, eine fühlbare Steigerung der Drucksachegebühren und auch der Fernsprech- und Telegramm-Tarife beraten. Auch hier handelt es sich um Gebühren, deren Erhöhung in letzter Instanz der Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers unterliegt. Erhard wird also in Kürze wieder unter Beweis stellen können, was vor seinen früheren Kraft- und seinen jetzigen Jammer-Reden zu halten ist.

In Zeiten der Hochkonjunktur war es ein Leichtes, zu regieren, denn man brauchte nur das als "seinen Erfolg" herausstellen, was die Gunst der internationalen Konjunktur im Verein mit dem Fleiß der ganzen deutschen Bevölkerung zustande gebracht hat. Jetzt aber, da sich zumindest eine gewisse Konjunkturbegrenzung deutlich abzeichnet, die Arbeitslosenziffer steigt, in der Stahlindustrie Kurzarbeit droht, seit Jahrzehnten die ersten Pflanzschichten im Bergbau verfahren werden, jetzt wird erst in Wahrheit diese Wirtschaftspolitik ihre Müheprobe zu bestehen haben.

Dabei wird die weitere Preispolitik eine wichtige Rolle spielen. Vor allem die Preise, die nur mit Zustimmung der Bundesregierung verändert werden können. Bei diesen Entscheidungen wird die SPD immer und immer wieder an die Worte erinnern, die Erhard in Frankfurt gesprochen hat, als er versprach, mit "brutalen Mitteln" gegen jede Preiserhöhung vorzugehen. Wenn Erhard bisher "brutal" gewesen ist, dann höchstens gegenüber den deutschen Verbrauchern.

* * *

- 4 -